



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 10. September 2008
Kurhauskolonnaden, Kurhausplatz 1, 65189 Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>		Stv. Tollebeek
Anwesende Ausschussmitglieder:		siehe Anlage 1
Ferner anwesend:		siehe Anlage 2
Tagesordnung:		siehe Anlage 3
Veröffentlichung:		siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil):	17:05 Uhr	Ende: 18:10 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil):	18:10 Uhr	Ende: 19:05 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 29/08	(Drucksachenband 129)
Drucksachenlisten DL Nrn. 30/08	(Drucksachenband 130)
Drucksachenlisten DL Nrn. 33/08, 35/08, 36/08 + NÖ	(Drucksachenband 131)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0188 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

Zu den nachfolgenden Punkten (= Beschlüsse Nr. 0189 bis 0201) findet die Einzelabstimmung ohne vorherige Diskussion statt.

0189 07-F-25-0093

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- Dringlichkeitsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.09.2007 -

Einstimmig

0190 08-V-11-5029

Verfahren zum Verkauf von gebrauchten Fahrzeugen und Maschinen

Einstimmig

0191 08-V-11-5020

Neufassung der Richtlinie zum Betrieblichen Vorschlagswesen

Einstimmig

0192 07-F-01-0009

Betriebliches Vorschlagswesen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.01.2007 -

Einstimmig

0193 08-A-19-0006

Renovierung der Burg Sonnenberg - aktueller Zeit- und Kostenplan -

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. September 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- 0194** **08-V-41-0024**
Sanierung Burg Sonnenberg; Bericht zum Stand der Arbeiten
Einstimmig
- 0195** **08-V-52-0017**
Bau von Kleinspielfeldern mit Kunststoffrasen
Einstimmig
- 0196** **08-V-20-0046**
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Einstimmig
- 0197** **08-V-20-0050**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2008
Einstimmig
- 0198** **08-V-41-0019**
150 Jahre Wiesbadener Fastnacht in 2009; Gewährung eines Sonderzuschusses an die DACHO
Einstimmig
- 0199** **08-V-67-0009**
Brunnen Robert-Krekel-Anlage
Einstimmig
- 0200** **08-V-07-0007**
Genehmigung von überplanmäßigen Personalausgaben 2007
Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. September 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0201 08-V-40-0033

IGS West am Standort der Ludwig-Erhard-Schule; Genehmigung der Baumaßnahmen
- Grundsatzvorlage -

Einstimmig

0202 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 13.08.2008 wird
genehmigt.

Einstimmig

0203 08-V-41-0006

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten

Die Sitzungsvorlage wird in diesem Sitzungszug dem Stadtparlament zur Entscheidung vorgelegt, da
die Antrag stellende Fraktion die Akteneinsicht in diesem Fall für beendet erklärt hat, obwohl die
gemeinsame Stellungnahme von Rechts- und Revisionsamt noch nicht vorliegt.

Einstimmig

0204 08-F-01-0044

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

S. auch Beschluss Nr. 0203

Die Antrag stellende Fraktion ist unter der Maßgabe mit der offiziellen Beendigung der Akteneinsicht
einverstanden, dass nach Zusage von Stadträtin Zeimetz-Lorz rechtzeitig zur Sitzung des
Ausschusses am 29.10.2008 die abgestimmte Stellungnahme zu möglichen Regressforderungen
vorliegen wird.

Vors. Tollebeek wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2008 über das Ende
der Akteneinsicht berichten.

Einstimmig

0205 08-V-66-0208

Bau einer Lichtsignalanlage an der Einmündung Moltkering / Hans-Bredow-Straße

Zu diesem Punkt ist Herr Berg (Tiefbauamt) anwesend.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Er berichtet, dass der Knotenpunkt morgens und abends F-Qualität hat, d.h., das ist der schlechtest mögliche Zustand überhaupt.

Es handelt sich zwar nicht um einen Unfallschwerpunkt, aber die Sicht ist sehr schlecht, zumal Verkehr aus dem Tunnel dazukommt.

Die Maßnahme wurde nicht rechtzeitig zum Haushalt angemeldet, da der Wunsch des Ortsbeirates zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlag.

Die Angelegenheit hat für den Ausschuss ihre Erledigung gefunden.

gegen BLW

0206 **08-F-01-0033**

Leistungskapazität des Hochbauamtes
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.03.2008 -

Zu diesem Punkt ist Frau Schirmer (Persönliche Referentin Stadträtin Thies) anwesend.

Stv. Sommer fragt nach, wie man den erheblichen Rückstau bei den Beauftragungen des Hochbauamtes abbauen könne. Nach seiner Sicht seien 80 % der Stellen besetzt, aber nur 40 % der Leistung werde erbracht.

Frau Schirmer berichtet, dass bis Ende 2007 viele Stellen unbesetzt waren und die Neubesetzungen erst in 2008 vorgenommen werden konnten. Die Einarbeitungszeit der neuen Mitarbeiter/innen müsse berücksichtigt werden. Außerdem seien viele Dinge im Hochbaubereich nicht planbar, es gäbe neue Anforderungen aus den Dezernaten V (Frau Thies) und VIII (Frau Scholz).

Nach Auffassung von Stv. Sommer könne man dann doch evtl. Kapazitäten von außen „einkaufen“, um die vielen Verzögerungen aufzuarbeiten.

Frau Schirmer versichert, dass man bemüht sei, den Stau mit eigenen Kräften abzubauen.

Auf Nachfrage von Stv. Dr. Goßmann, ob neben der Stelle der Amtsleitung 20 weitere Stellen unbesetzt seien, erklärt Frau Schirmer, dass die Stelle Verw.Abteilung jetzt ausgeschrieben sei, im Energie-Bereich alle Stellen zwischenzeitlich besetzt werden konnten und auch in der Baubetreuung so gut wie alle Stellen besetzt seien.

Stv. Dr. Goßmann fragt weiter nach, ob und wie das Hochbauamt mit Sanierungswellen, die immer wieder auftreten werden, umgehen will.

Frau Schirmer geht davon aus, dass das machbar ist.

Stv. Dr. Goßmann fragt weiter nach, wie man mit den immer wichtiger werdenden Kostenvoranschlägen, die Fachbereiche im Vorhinein benötigen umgehen will. Wenn diese Anforderung mit dem bisherigen Personal nicht leistbar sei, müsse das Problem auf jeden Fall gelöst werden.

Auch hier geht Frau Schirmer davon aus, dass das Hochbauamt die Anforderungen erfüllen kann.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. September 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Nach Auffassung von Stv. Klüssendorf sei es doch üblich, dass es im Laufe zu außergewöhnliche nicht eingeplanten Baumaßnahmen komme. Man müsse diese Spitzen doch einplanen.

Frau Schirmer geht davon aus, dass man für diese außergewöhnlichen Fälle kein Personal einplanen könne. Es gäbe klare Vorgaben für die Personalplanung, die auch im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan und den dort vorgesehenen Maßnahmen stehen.

Stv. Dr. Goßmann bedauert, dass bei diesem wichtigen Thema Stadträtin Thies nicht selber in der Sitzung anwesend ist, was Frau Schirmer mit der Wahrnehmung anderer wichtiger Termine erklärt.

Nach Vorstellung von Stv. Reiß könnte man das Thema in 6 Monaten noch einmal aufrufen und sich dann über den aktuellen Sachstand berichten lassen.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass es Sache der Antrag stellenden Fraktion sei, wie mit dem Antrag umgegangen werde. Man könne zu einem späteren Zeitpunkt durchaus weitere Anträge stellen.

Stv. Dr. Goßmann könnte sich vorstellen, den jetzigen Bericht als Zwischenbericht zu sehen und um einen weiteren Bericht in 6 Monaten zu bitten.

Frau Schirmer macht darauf aufmerksam, dass die Bezugsgrößen fehlen und sie gar nicht sagen kann, ob und was sie in einem halben Jahr berichten soll.

Die Arbeitsgruppe Produktcontrolling wird sich weiter mit dem Thema Hochbauamt beschäftigen und in absehbarer Zukunft auch Auskunft zur Auslastung bzw. zur Finanzierung des Personals des Hochbauamtes durch die Bearbeitung der Aufträge geben können.

Den im Ausschuss vertretenen Fraktionen bleibt es unbenommen, zu einem späteren Zeitpunkt weitere Anträge zu dem Thema Hochbauamt zu stellen

Der Antrag der SPD ist durch den vorgelegten Bericht erledigt.

Einstimmig

0207 **07-V-51-0063**

Upgrade von PROSOZ/s auf OPEN/PROSOZ für den Bereich SGB II

Herr Werner (Amt für Soziale Arbeit) ist zu diesem Punkt anwesend.

Vors. Tollebeek fragt nach, wann der Prozess komplett erledigt sei, wie viel Prozent momentan schon erledigt seien, wie viele Kosten geplant und wie viele konkret abgeflossen seien und ob es Schwierigkeiten mit dem Zeitplan gäbe.

Er habe in der Vorlage gelesen, dass das Projekt am 31.07.2008 beendet sei, aber nur 40 % der Aufgaben seien zu diesem Zeitpunkt erledigt. Wann ist mit der Erfüllung der restlichen 60 % zu rechnen?

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. September 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Lt. Herrn Werner ist der Bericht mit Stand 30.06.08 erstellt worden. Im Zeitplan ist der 01.09.08 als Zeitpunkt zur Datennachbearbeitung aus drei verschiedenen Datenbeständen angegeben. Man sei genau im Zeitplan und sehr zufrieden mit dem Stand der Leistungen.

Nicht ganz zufrieden sei man mit den Daten der kommunalen Arbeitsvermittlung - wenn es schlecht lief, müsse man hier nachbessern. Bis zum Jahresende könne mit dem Ende des Projekts gerechnet werden.

Vors. Tollebeek weist noch einmal darauf hin, dass im Projektplan andere Daten angegeben seien und fragt nach, ob mit üpl.-Kosten zu rechnen sei.

Das verneint Herr Werner und berichtet weiter, dass das Amt für Soziale Arbeit sich an der Laborphase von eGovernment beteiligen werde, die verschiedenen Projekte sich aber gegenseitig nicht gefährden würden.

Auf Nachfrage von Stv. Sommer räumt Herr Werner gewisse Probleme mit dem Softwareanbieter ein. Es sei aber ein Termin gesetzt worden für ein Gespräch mit dem Anbieter, bei dem man die Leistungen konkret einfordern werde.

Auf die weitere Frage von Stv. Sommer, ob man bei dem Programm mit Verzögerungen rechnen berichtet Herr Werner, dass Wiesbaden die größte optierende Stadt bundesweit sei und der Anbieter sicher mit einem Projekt dieser Größenordnung Werbung betreiben möchte und von daher an einer einvernehmlichen schnellen und guten Lösung interessiert sein wird.

Der Ausschuss erwartet in der ersten Sitzung 2009 einen Bericht des Amtes für Soziale Arbeit zum konkreten Projektstand.

Einstimmig

0208 08-F-01-0047

Sponsoring des SV Wehen- Wiesbaden durch ELW
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.05.2008 -

Der angeforderte Bericht liegt dem Ausschuss schriftlich vor.

Stv. Reiß fragt nach, wie ELW mit den 6 Dauerkarten umgegangen ist, die der SV Wehen-Wiesbaden ELW überlassen hat.

Herr Wack berichtet, dass man diese Karten nicht habe verbuchen können, da Sachwerte nicht darstellbar sind.

Stv. Reiß geht trotzdem davon aus, dass es Einnahmen von ELW sind, die man hätte darstellen müssen und möchte wissen, wie man denn in Zukunft mit dieser oder einer ähnlichen Situation umgehen werde.

Vors. Tollebeek geht auf die Nachfrage von Stv. Reiß ein und hält seine Frage für sehr theoretisch. Man könne nur etwas ändern, wenn die Gesetzgebung geändert würde. ELW halte sich an die Grundsätze der kaufm. Buchführung, außerdem gäbe es die Wirtschaftsprüfer. Man könne die Dauerkarten evtl. im Rahmen moderner Betriebsführung an verdiente Mitarbeiter verteilen.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. September 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Dr. Goßmann hielt es für besser, wenn die gesamte Summe (einschließlich der Kosten für die Dauerkarten) dargestellt worden wäre. Schon aus Gründen der Transparenz sei eine andere Lösung erstrebenswert.

Er geht davon aus, dass eine solche Angelegenheit für die Zukunft ausgeschlossen ist, da es keine Vertragsverlängerung gegeben habe.

Vors. Tollebeek sieht die Situation anders: Es hätte einen Vertrag gegeben und als good will hätte SV Wehen-Wiesbaden die Dauerkarten dazu gegeben - diese könne man nicht verbuchen. Wenn ELW ein Kipper geschenkt worden wäre, hätte sich das Anlagevermögen vergrößert, aber die Dauerkarten seien als Sachwert nicht verbuchbar.

Stadträtin Zeimetz-Lorz räumt ein, dass der Bericht den Stand zum damaligen Zeitpunkt wiedergibt. Mittlerweile hätte es eine Änderung dahingehend gegeben, dass SV Wehen-Wiesbaden wieder auf die ELW zugekommen sei und nach einem Wechsel im Management wieder ein Vertrag zwischen ELW und dem SV geschlossen worden sei.

Als Zugabe zum Vertrag, der zu den gleichen Konditionen geschlossen worden ist, habe es wieder Dauerkarten gegeben.

Vors. Tollebeek kann sich vorstellen, dass die Karten an verdiente Mitarbeiter weitergegeben oder bei der Einbürgerungsfeier an Neubürger verteilt werden.

Gegen diesen Vorschlag (Neubürger) spricht sich Stv. Dr. Reinhardt aus, die die Karten den Mitarbeitern von ELW zukommen lassen möchte oder besonderen Kunden von ELW.

Herr Wack hält es für halbwegs gerecht, die Karten an Mitarbeiter zu verteilen.

Herr Löber weist darauf hin, dass die OB-Verfügung zur Annahme von Belohnungen und Geschenken das Verfahren klar regelt - die Annahme der Dauerkarten müsste auf jeden Fall angezeigt werden.

Einstimmig

0209 **08-V-33-0003**

Abschlussbericht 112. Vergleichende Prüfung " Kraftfahrzeugzulassungsstellen "

Stadträtin Zeimetz-Lorz berichtet, dass es 18 Sitzgelegenheiten für die Wartenden gäbe. Zur Aufrufanlage erklärt sie, dass der weitere Verbleib der KfZ-Zulassungsstelle in der Stiehlstraße ungeklärt sei und von daher die Anschaffung einer Aufrufanlage im Moment nicht weiter verfolgt werde.

Einstimmig

0210 **08-V-20-0047**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Auf Nachfrage von Stv. Reiß erklärt Herr Emmel, dass mit dem Begriff 6. Quartal beschrieben werde, dass die Genehmigung für Ausgaben aus 2007 im 2. Quartal 2008 erfolgt ist.

Einstimmig

0211 Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird in den Räumlichkeiten Gustav-Stresemann-Ring stattfinden.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0217 07-A-19-0013

Sanierung der Russischen Kapelle - üpl-Mittel

Diesen Punkt wird der Ausschuss in seiner Sitzung am 29.10.2008 aufrufen. Bis dahin wird das zwischen dem Rechts- und dem Revisionsamt abzustimmende Gutachten zu möglichen Regressforderungen vorliegen.

Einstimmig

0218 07-A-19-0017

Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen

Die ausstehenden Berichte liegen dem Ausschuss trotz schriftlicher Bitte an Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller bisher nicht vor.

Die Geschäftsstelle wird Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller erneut anschreiben.

Einstimmig

0219 07-A-19-0014

Bericht zur Besetzung der Stelle des Leiters des Revisionsamtes

In der kommenden Magistratssitzung wird ein Vorschlag zur Neubesetzung eingebracht. Mit der Behandlung der Vorlage ist voraussichtlich zur Sitzung des Ausschusses am 29.10. und zur Stadtverordnetenversammlung am 13.11.2008 zu rechnen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0220 07-A-19-0002

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Der mündliche Bericht der Antikorruptionsbeauftragten, Frau Schupp, wird zur Kenntnis genommen, die zu folgenden Punkten berichtet:

1. Präventive Maßnahmen

- Das „Handbuch Korruptionsprävention“ ist zwischenzeitlich an alle Mitarbeiter/innen verteilt worden; die Neufassung der Verfügung des Oberbürgermeisters zum Verfahren zur Feststellung und Verfolgung von Pflichtverletzungen und Unregelmäßigkeiten - Zusammenarbeit 11, 14 und AKB ist dort mit aufgeführt.
- Die Verfügung des Oberbürgermeisters wurde im Amtsleiterplenum vorgestellt und wird dort zukünftig einmal im Jahr erneut zur Kenntnis gebracht.
- Zurzeit werden neue Richtlinien für die Magistratsmitglieder erstellt, die besonders auf die Repräsentationspflichten der Magistratsmitglieder eingehen. Es handelt sich um eine Ergänzungsvorschrift zu der bestehenden Richtlinie zur Annahme von Belohnungen und Geschenken.
- Neu hinzugekommen ist die Schulung der Feuerwehrbeamtenanwärter. Es gibt außerdem Anfragen aus dem Altenpflegebereich wegen Schulungsmaßnahmen.
- Die KfZ-Zulassungsstelle hat den Entwurf eines Vertrages für Großkunden Frau Schupp vorgelegt.
- WIVERTIS ist an Frau Schupp herangetreten mit der Bitte um Klärung, ob die bestehenden städtischen Richtlinien evtl. in Kombination mit den Richtlinien, die Siemens erstellt hat, auf diese Einheit übertragbar und ausreichend sind und übernommen werden können.
- Es sind immer wieder Einzelfragen zum Umgang mit Freikarten, Rabattaktionen usw. zu klären.

2. Einzelfälle:

- z.B. Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen bei ELW - Staatsanwaltschaft ist eingeschaltet;
- Mitarbeiter des Sportamtes, kann sich an Einzelheiten nicht erinnern - Ermittlungen gestalten sich dadurch sehr schwierig;
- Illegale Entsorgung von Bauschutt
- Anonyme Anzeigen wegen Entsorgung von Erdaushub
- Anonyme Anzeige wegen Einsatz von Fremdpersonal bei ELW
- Tankkartenüberprüfung
- Verkauf abgeschleppter Fahrzeuge im Amt für öffentliche Ordnung (Strafanzeige gestellt)
- Anzeige wegen Ausschreibung Fitnessstudios

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. September 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- Anonyme Anzeige mit gleichzeitiger Übergabe des Bestechungsgeldes
3. Das Revisionsamt wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss zu berichten, wie es möglich ist, dass Mitarbeiter der ELW, die in Korruptionsverdacht/Betrugsverdacht geraten sind, kurze Zeit später z. B. mit der Aufklärung von Schadensfällen bei illegal herbeigeführten Unfällen mit Großfahrzeugen eingesetzt werden.
 4. Zu prüfen wäre weiterhin, wie evtl. die Betriebskommission von den Vorfällen z. B. bei den ELW informiert werden kann.
 5. In diesem Zusammenhang nimmt der Ausschuss zur Kenntnis, dass bei den ELW seit ihrer Gründung 1997 mit Ausnahme einer externen Prüfung im Jahr 2004/2005 keine Innenrevision stattgefunden hat.
In naher Zukunft werden sich durch Inkrafttreten von EU-Richtlinien Vorschriften in Bezug auf Innenrevision von Eigenbetrieben ändern.
 6. Frau Schupp wird versuchen, für die Zukunft einen Weg zu finden, z. B. bei Vertragsabschlüssen frühzeitig mit eingebunden zu werden.

Einstimmig

0221 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

1. Der mündliche Bericht von Herrn Löber (Revisionsamt) wird zur Kenntnis genommen:
 - Es werden z. Zt. rund 95.000 Tankvorgänge ausgewertet. Es ist bei 4 Fahrzeugdaten von illegalen Tankvorgängen auszugehen.
 - Einer Mitarbeiterin von ELW ist bereits gekündigt worden.
 - Bei einer Mitarbeiterin wird zurzeit versucht zu klären, warum und wie sie überhaupt an eine Tankkarte kommen konnte, wobei Tankvorgänge bei ELW überhaupt nicht überprüft bzw. dokumentiert werden.
 - Ein Schulhausmeister, der von seinem Fachamt über das bevorstehende Personalgespräch informiert wurde, hat nach dem Personalgespräch die Tankmenge drastisch gesenkt. Hierzu bedarf es einer erneuten Überprüfung.
 - Die Problematik der Blindkarten, die keinem bestimmten Fahrzeug zugeordnet sind, wird von Seiten des Revisionsamtes noch eingehender geprüft.
2. Frau Schupp und Herr Löber werden gebeten, Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller darüber zu informieren, dass der Ausschuss es für äußerst kritisch hält, dass die Mitarbeiter, die immer wieder im Zusammenhang mit Korruptionsfällen auffällig geworden sind, an Stellen eingesetzt werden, die wiederum die Möglichkeit von Korruption zulassen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0222 08-A-19-0002

Verwaltungsjagd

Vors. Tollebeek berichtet, dass er von verschiedenen Personen wegen der Jagdbezirke angesprochen worden sei.

Das Rechtsamt geht davon aus, dass man die Verträge nicht kündigen kann, möglicherweise gibt es dazu auch Festlegungen in den Eingemeindungsverträgen. Er erklärt, dass man die Genossenschaftsjagd auch gar nicht kündigen wolle, da diese ja bereits historisch zu nennen sei. Es gäbe aber trotz allem Punkte zu klären, da es zukünftig nicht sein könne, dass Vorstände alleine über Pachtverlängerungen usw. entscheiden, dass aber der größte Pächter gar nicht bei Sitzungen vertreten sei. Er geht davon aus, dass die Einladungen zu den Sitzungen die Landeshauptstadt Wiesbaden auf jeden Fall erreichen müssen, ansonsten müssten die Satzungen geändert werden. Außerdem ist eine einheitliche Bemessungsgrundlage unabdingbar. Es gäbe gerade in den Vororten erhebliche Unterschiede im Preisgefüge.

Stv. Sommer berichtet, dass die Satzungen in Medenbach, Kloppenheim und Igstadt bereits geändert wurden, die Jagd werde ausgeschrieben. Zu den Versammlungen sei die Landeshauptstadt Wiesbaden (außer in Naurod) immer eingeladen gewesen.

Die Beratung dieses Punktes soll für die Sitzung des Ausschusses am 29.10.2008 vorgesehen werden. Der Magistrat wird gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen.

In dieser Sitzung sollen die

- Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden als größter Pächter in den einzelnen Jagdgenossenschaften,
- die Veränderung der Ladungsmodalitäten und
- die Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für die Genossenschaftsjagd

thematisiert werden.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .09.2008

Vorsitzender

Schriftführer

weitere Schriftführerin

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 10. September 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Tollebeek

Reitz

Koba